

*Mechtild Oechsle/Karin Wetterau (Hrsg.): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Opladen 2000 (Verlag Leske + Budrich), 347 Seiten, DM 48,00*

Das Buch ist eine „feministische Antwort“ auf das – als Provokation empfundene – normativ gemeinte Diktum: „Politische Bildung ist geschlechtsneutral“. Dabei spricht ja doch einiges für dieses Postulat. Eine Orientierung der politischen Bildung an „wesenseigenen“ partikularen Bedürfnissen und Interessen eines Geschlechts würde eine „naturhafte“ (ontologische) Vorstellung von „Geschlechterdifferenz“ voraussetzen, die inzwischen niemand mehr vertritt – schon gar nicht die VerfasserInnen dieses Bandes. Warum auch sollten Mädchen nicht lernen, was Jungen können (sollen)? Eine geschlechterbezogene Normierung könnte sogar eine sozial konstruierte Geschlechterdifferenz verfestigen, die gerade Gegenstand der Kritik ist.

Dennoch ist Anlaß zu kritischem Nachfragen gegeben. Die Zuweisung von ungleichen Chancen auf soziale und politische Teilhabe erfolgt immer noch in gesellschaftlichen Verhältnissen, die in erheblichem Maße durch Geschlechtszugehörigkeit strukturiert werden – und das hat, wie gezeigt wird, immer noch zu wenig bedachte Konsequenzen: Geschlechtsneutral konzipierte Bildungsangebote werden von Jungen und Mädchen nicht in gleicher Weise, sondern geschlechtsspezifisch unterschiedlich wahrgenommen und verarbeitet. Die qua „Geschlecht“ vermittelte Selbstwahrnehmung und Identitätsbildung schafft subjektiv und objektiv unterschiedliche Betroffenheit. Eine geschlechtsneutral entfaltete Handlungskompetenz ist nicht unbedingt „verwendungsneutral“ in geschlechtlich konnotierten und

strukturierten politischen Handlungsfeldern. Analog zum „interkulturellen Verstehen“ ist es offenbar notwendig, auch „geschlechtergerechtes Verstehen“ zu lernen.

Diese mit zahlreichen Fakten belegten Befunde haben die Herausgeberinnen zu diesem Sammelband inspiriert, der aus einer Ringvorlesung an der Universität Bielefeld hervorgegangen ist. Ihr Anliegen, die bislang vorliegenden geschlechtskritischen Ansätze in der politischen Bildung zu bündeln, weiterzuentwickeln und in den fachdidaktischen Diskurs zu integrieren, wurde auf drei Ebenen realisiert: In einer Zwischenbilanz zur Rezeption der Geschlechterforschung in der Fachdidaktik wird untersucht, welche Relevanz die Kategorien „Geschlecht“ und „Geschlechterverhältnis“ für die Theorie und Praxis der politischen Bildung haben (Wetterau/Oechsle). Viele Fragen, die sich aus der Defizitanalyse ergeben, werden in einem zweiten Teil aus soziologischer und politikwissenschaftlicher Sicht thematisiert. Umbrüche in den Geschlechterbeziehungen (Angelika Dietzinger), tieferliegende Ursachen der gegen Aufklärungsversuche oft resistenten Vorbehalte gegen die Thematisierung diskriminierender Geschlechterdifferenzen (Michael Meuser), die marginale Rolle von Frauen in der Politik (Beate Hoecker), didaktische Konsequenzen von Paradigmenwechseln in der Geschlechterforschung (Birgit Sauer) und das Geschlechterverhältnis im Spannungsfeld von politischer Regulierung und privater Lebensführung (Sabine Berghahn) werden ebenso untersucht wie – in einem dritten Teil – die daraus ableitbaren didaktischen und z.T. curricularen Konsequenzen (D. Richter, P. Henkenborg, H. Hoppe, B.v. Borries, M. Hempel und S.Arndt). Alles in allem ein Buch, das didaktisch aufschlußreich und weiterführend ist.

Karl A. Otto

Karl Homann/Andreas Suchanek: *Ökonomik. Eine Einführung*. Tübingen: Mohr Siebeck 2000, 479 Seiten, DM 49,-

Anzuzeigen ist ein aufregendes Buch, nämlich eine sozialwissenschaftlich zu nennende Einführung in die Ökonomie. Vermieden werden überspezialisierte Engführungen, die idealisierende Formalisierungen ermöglichen, aber den Bezug zu den Phänomenen umso leichter vermissen lassen.

Der hier – zugespitzt – sozialwissenschaftlich genannte Zugang wird zum einen an der Traditionslinie deutlich, in dem das Buch sich sieht, nämlich der Klassiker (wie Adam Smith) und neuester Ökonomik, bei denen Theorie der Gesellschaft betrieben wurde und wird und nicht nur die Analyse von eigen-interessiertem wirtschaftlichem Einzelhandeln unter bestimmten, nicht weiter diskutierten Bedingungen.

Zum zweiten setzt die Argumentation sich dezidiert ab vom Modell des einsamen Robinson auf der Insel, der sich dem Problem der Knappheit gegenüber sieht. Robinson – so die Autoren – hatte zuerst kein ökonomisches Problem, sondern nur ein technisches, nämlich wie er seine Ressource Zeit am besten verwendet. Ein ökonomisches Problem hat Robinson erst, als Freitag auf der Insel erscheint, denn jetzt gibt es konkurrierende Ansprüche, jetzt gibt es Möglichkeiten der Interaktion bzw. Kooperation, die auf Institutionen zu gründen sind.

Wie ist ökonomische Interaktion möglich? Das Eigeninteresse der handelnden Subjekte legt die Kooperation durch Tausch nahe, aber die Interessenkonflikte machen – bei unklaren und ungesicherten Verhältnissen – die Kooperation zur riskanten Operation: Wird der andere sich an die Verabredung halten, hat der andere Mängel verschwiegen, was ist bei Auslegungsdifferenzen zu tun, durfte der andere überhaupt den Gegenstand hergeben usw. – Fragen über Fragen, die jede für sich zur präventiven Gegenausbeutung einladen und deshalb den Tausch insgesamt verhindern können. Wenn überhaupt kein Vertrauen gegeben sein kann, kann nicht miteinander gehandelt werden. Und so würde der gemeinsame Vorteil, die Vergrößerung des Wohlstandes durch Tauschhandlungen, nicht verfolgt werden können, wenn nicht Institutionen wie das Vertragsrecht u.v.a.m. die Interaktionen regelten.

Das bekannte Gefangenendilemma dient zur Illustration dieses Problems, daß nicht die sinnvolle Strategie der Kooperation gewählt werden wird (kann). Als dilemmatische Struktur einer Situation wird alles aufgefaßt, was aufgrund von Konflikten die Chancen der Kooperation zum gegenseitigen und gemeinsamen Vorteil hindert. Dem Buch geht es also um die Kooperation, um Konsens und Konflikt, um Institution und Konstitution. Die Begriffe deuten schon an, daß an zahlreichen Stellen Gesellschaft und Politik in den Blick kommen und demnach Soziologie und Politikwissenschaft anschlussfähig sind.

Das Geschehen auf dem Markt stellt sich einerseits dar als der klare Interessengegensatz der interagierenden Nachfrager und Anbieter, weil jeder einen möglichst großen Teil des Kooperationsgewinns für sich haben möchte. Dieser Kooperationsgewinn ergibt sich aus dem Tausch, der beiden nützt (andernfalls würden sie kein Gegenstück auf dem Markt suchen), hier liegt also ihr gemeinsames Interesse. Auf jeder der beiden Seiten des Marktes herrscht Konkurrenz, also ebenfalls ein Konflikt (wenn auch anderer Natur). Diese Konkurrenz nützt der Marktgegenseite und letzten Endes der Produktivität, weshalb – übers Ganze gesehen – ein gemeinsamer Entschluß für die Wahrung der Institution Wettbewerb und sichernder Sanktionen gegen das unmittelbare Interesse der Konkurrenten zustande kam und kommt.

Dieses Geschehen auf dem Markt als Interaktion in Institutionen wird mit einem großartigen Beispiel in dem Buch eingeführt und als Szene entwickelt: „Der Gebrauchtwagenkauf: Eine Geschichte und ihre ökonomische Interpretation“. Zuerst gibt es nur zwei Beteiligte, den Professor als potentiellen Autoverkäufer und den Studenten als potentiellen Autokäufer; die beiden haben eine Menge Interaktionsprobleme, die zum Scheitern des Tauschversuchs führen und zur Einschaltung eines Autohändlers. Schrittweise wird deutlich, wie viele Institutionen – geronnene gesellschaftliche Regelungssysteme für Handeln – die Interaktionen ermöglichen, indem sie Konflikte kanalisieren und Verlässlichkeit herstellen. Die Fortsetzungen der Geschichte werden immer abstrakter und liegen den alltäglichen Wahrnehmungen zunehmend fern – und so gelingt es den Autoren, hinter die Phänomene zu steigen und unsichtbare Strukturen zu verdeutlichen.

Aus dem Beispiel ergibt sich schlüssig, daß drei grundlegende Theoriekomplexe erörtert werden:

1. Aktions- oder Handlungstheorie
2. Interaktionstheorie
3. Institutionentheorie.

Wurde im Vorwort als erster Theoretiker Adam Smith erwähnt, so ist es im 1. Kapitel John Rawls, dessen Verständnis von Gesellschaft als Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil die Autoren zitieren. Seine Vertragstheorie ist Bezugspunkt für die Überlegung, daß alle Betroffenen in die Verabredung der Institutionen zur Regelung ihrer ökonomischen Interaktionen eingeschaltet sein müssen – hier liegt die Brücke zur Partizipation, die im Kapitel „Demokratie, Staat und Politik“ erläutert wird. (Daß z.B. in diesem Kapitel die Geschichte politischer Theorien nur angetippt sein und evtl. Mißmut hervorrufen kann, ist das übliche und zu akzeptierende Risiko von Arbeiten, die sich nicht in die Sicherheit klar definierter Professionalität – die dann auch langweilig sein kann – begeben.)

Homo oeconomicus ist in diesem Verständnis kein Menschenbild normativer oder empirischer Art, sondern die Rationalitätsannahme, die Dilemmastrukturen (also Situationen und die von ihnen ausgehenden Anreize) abbildet. Ökonomik ist demnach eine Situationstheorie. Das hat den großen Vorteil, daß moralisch unerwünschte Handlungen (z.B. Ausbeutung von Umweltressourcen) nicht den Individuen angelastet und durch – untaugliche – moralische Appelle verhindert werden sollen, sondern daß sie den Situationen und den Anreizbedingungen zugerechnet werden. Dann gälte es die Situation bzw. die Anreize so zu verändern, daß die Individuen diese Änderung in ihrer Vorteils-/Nachteilskalkulation notieren würden. Als nicht-intendierte Folge eigeninteressierten Handelns könnte dann ein sinnvollerer Ergebnis resultieren, als es die subjektive Intention meinte.

Ich möchte diese „Ökonomik“ allen Sozialwissenschafts-Lehrern mit großem Nachdruck empfehlen. Das Buch integriert viel übliche Fachlichkeit in einem Verständnis von Interaktionen, das wirtschaftliches und soziales und politisches Kooperieren bzw. Konfliktieren zusammen gehen läßt. Dabei werden

die Grenzen der gesellschaftlichen Teilbereiche nicht verwischt, sondern eher betont, indem die jeweilige Eigenlogik und ihre Andock-Stellen für die anderen Logiken herauskommen. Auch bin ich sicher, daß ein Teil der Begrifflichkeit gut im Unterricht verwendbar ist. Das Gebrauchtwagenkauf-Beispiel kann man als Kognitivierung eines Rollenspiels lesen und nutzen. Schließlich ist das Buch sehr sorgfältig gearbeitet und für das, was es bietet, überhaupt nicht teuer.

Sibylle Reinhardt

*Georg Lind: Ist Moral lehrbar? Ergebnisse der modernen moralpsychologischen Forschung. Berlin 2000. Logos Verlag, 319 S, DM 45,-.*

Mit diesem Buch, als Erstauflage 1993 unter dem Titel „Moral und Bildung“ erschienen, hat Georg Lind eine Studie vorgelegt, die auch aus der Sicht der politischen Bildung von großer Bedeutung ist. In der politischen Bildung gilt die Entwicklung politischer Urteilsbildung als eines der zentralen Ziele des Politikunterrichts. Kernfragen politischer Bildung sind, was Urteilsfähigkeit ist, wie der Politikunterricht die Entwicklung von Urteilsfähigkeit fördern kann und in welchem Verhältnis politische und moralische Urteilsfähigkeit stehen. So lässt sich in Bezug auf die letzte Frage zwar sagen, dass politische Urteilsfähigkeit nicht mit moralischer Urteilsbildung identisch ist, dass moralische Urteilsfähigkeit aber ein wichtiges Element politischer Urteilsfähigkeit ist, weil sie solche Fähigkeiten einschließen muss, die für die Lösung moralischer Konflikte notwendig sind.

Die zentrale Frage des Buches, ob Moral lehrbar ist, beantwortet Lind durch eine „Bildungstheorie der Moral“, die er theoretisch entwickelt und durch quantitative Untersuchungen empirisch begründet. Lind begreift moralisches Verhalten im Sinne eines Zwei-Aspekte-Modells. Moralisches Verhalten ist danach ein Zusammenhang von affektiven (die im Verhalten sich zeigende gefühlsmäßige Bindung an moralische Maximen, Regeln, Prinzipien etc.) und kognitiven (näher bestimmt durch die formalen Kriterien eines adäquaten moralischen Urteils, z.B. Universalität, innere Konsistenz, Unparteilichkeit) Aspekten. Die Kernthese seiner „Bil-

„Theorie der Moral“ besteht aus zwei zentralen Aussagen: Erstens, dass moralisches Urteilen einen starken Fähigkeitsaspekt hat und zweitens, dass sich die moralische Urteilsfähigkeit durch die Bereitstellung von moralisch relevanten Bildungserfahrungen in Elternhaus, Schule und Beruf fördern lässt. Linds empirische Untersuchungen zeigen sogar, dass die moralische Urteilsfähigkeit der Menschen deutlich abnimmt, wenn die pädagogische Stimulation durch die Schule wegfällt. Lind grenzt die Bildungstheorie der Moral damit gegen zwei konkurrierende Ansätze der Moral(erziehung) ab, erstens gegen die Sozialisationstheorie der Moral (Moral entsteht als Ergebnis eines sozialen Anpassungsdrucks) und zweitens gegen die auch von Kohlberg vertretene Reifungstheorie der Moral (Moral entsteht als Ergebnis eines genetisch gesteuerten Reifungsprozesses). Seine Untersuchungen unterstreichen darüber hinaus auch die pädagogische Bedeutung des zivilgesellschaftlichen politischen Lebens für die Entwicklung der Urteilsfähigkeit: Für die moralische Entwicklung „sind Gelegenheiten zur Teilnahme an öffentlichen oder privaten Diskussionen über politische Belange wesentlich“.

Auch wenn er sich von den reifungstheoretischen Prämissen des Kohlberg-Ansatzes abgrenzt, bestätigen Linds Untersuchungen

doch die pädagogischen Ansätze, die bereits Kohlberg und seine Mitarbeiter zur Förderung der moralischen Urteilsbildung vorgeschlagen hatten. Erstens handelt es sich um den Ansatz der gerechten Schulgemeinschaften, dessen Wirkung auf die Entwicklung moralischer Urteilsbildung Lind durch Untersuchungen aus NRW belegen kann. Zweitens belegt die Studie von Lind erneut die Bedeutung der Diskussion moralischer Dilemmata im Unterricht für die Entwicklung moralischer Urteilsbildung. Beide Ergebnisse sind von großer Bedeutung für Theorie und Praxis politischer Bildung. Die Wirksamkeit der gerechten Schulgemeinschaft für die Entwicklung moralischer Urteilsfähigkeit verweist auf die Bedeutung politischer Bildung als Schulprinzip, geht es dabei doch um Prinzipien wie Partizipation, Verantwortung, wechselseitige Achtung und Diskursivität. Der Effekt der Diskussion moralischer Dilemmata für die Förderung moralischer Urteilsfähigkeit unterstreicht, dass solche Ansätze sinnvoll und notwendig sind, die versuchen fachspezifische Dilemmata zu entwickeln und Dilemmatadiskussionen, z.B. in der Phase der Urteilsbildung in den Politikunterricht zu integrieren.

*Peter Henkenborg*